Oberschätzungsamt Groß Berlin.

Zu der Neuregelung des Schätzungswesens für Berlin und seine Vororte, wie sie die Kommission des Abgeordnetenhauses beim Schätzungsamtsgesetz vorgenommen hat, äußert sich der Charlottenburger Stadthandikus Sembrißky in einem Aufsatz des „Preussischen Verwaltungsblatts“ in bemerkenswerter Weise. An Stelle des einheitlichen Schätzungsamts für Groß-Berlin, gegen das Berlin sowohl, wie der Vorstand des Preussischen Städtetages nachdrücklich Widerspruch erhoben haben, sind besondere Schätzungsämter für Berlin und die übrigen Kreise vorgeschlagen worden. Um aber eine einheitliche Behandlung zu gewährleisten, ist ein Oberschätzungsamt als übergeordnete Instanz gebildet worden. Dem Vorsteher dieses Amtes, dem Obervorsteher, sind eine Reihe besonderer Befugnisse eingeräumt worden, die ihm die Möglichkeit geben, auf die Schätzung seitens der erstinstanzlichen Ämter Einfluß zu üben. Hierzu bemerkt Sembrißky:

„Es ist zuzugeben, daß ein energischer Obervorsteher, durch Ausübung dieser Befugnisse zugunsten der Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit der Schätzungen in Groß-Berlin erfolgreich wirken kann. Es besteht aber auch die Gefahr, daß er dabei mit den Bestrebungen der einzelnen Schätzungsämter und der hinter ihnen stehenden kommunalen Verbände in erheblichen Widerspruch und schwere Konflikte geraten kann. Erst die Erfahrung muß lehren, ob die von der Kommission dem Vernehmen nach unter Zustimmung der Staatsregierung einstimmig beschlossene Regelung sich bewähren wird. Bemerkenswert ist, daß die Bestellung des Obervorstehers und seiner Stellvertreter in Folge der Besorgnis einer Beeinträchtigung der kommunalen Selbstverwaltung durch den Verband Groß-Berlin von dem Verbandsauschuß, dem doch der Charakter eines Selbstverwaltungsorgans nicht abgesprochen werden kann, auf den Oberpräsidenten übergegangen ist. Wohl nur als Ausfluß der bezeichneten Besorgnis kann auch die an sich überflüssige Bestimmung angesehen werden, daß dem Verbandsauschuß ein Aufsichtsrecht gegenüber den zum Geschäftsbezirk des Oberschätzungsamts gehörenden Schätzungsämtern nicht zusteht. Ueberblickt man den ganzen Kampf um den § 13 und das Ergebnis des Kommissionsbeschlusses, so kann allerdings das Bedauern darüber nicht unterdrückt werden, daß die kommunale Verfassung von Groß-Berlin sich noch immer in einem solchen Zustande befindet, daß daraus der Einführung eines von den Städten sonst allgemein erstrebten Gesetzes Schwierigkeiten erwachsen, an denen das ganze Gesetz zu scheitern droht.“